Einer solchen Enthüllung der Republik vor den Massen der Arbeiter weichen die sozialdemokratischen Führer aber aus. Sie wollen keinen ernsthaften Kampf um die Umänderung der Staatsform, keinen Kampf für die Herrschaft. **Die sozialdemokratischen Führer haben sich mit der kapitalistischen Republik abgefunden.** Sie sind zu jeder Maßnahme bereit, die die Massen der Arbeiter an die Hindenburgrepublik fesselt. Ihr „Kampf" richtet sich nur gegen einzelne Bezirken, die sozialdemokratischen Führer führen dabei einen Kampf um die Beamtenstellen. Das war der ganze Sinn des sozialdemokratischen Antrages. Er soll ein bißchen Wahlpropaganda machen, damit nachher ein paar sozialdemokratische Führer evtl. in den Dresdner Stadtrat einrücken können. Gleichzeitig soll der Antrag innerhalb der Arbeiterschaft die Illusion an den Parlamentarismus stärken. Im Grunde bezweckt also der Antrag, die Massen vom Kampf um eine wirkliche Umgestaltung des kapitalistischen Staates abzuhalten.

Daß ein solches betrügerisches Manöver von den kommunistischen Vertretern nicht mitgemacht wurde, ist für jeden revolutionären Proletarier eine Selbstverständlichkeit. Die Kommunisten erklären den Arbeitern, daß ein Sturz der kapitalistischen Gesellschaft keineswegs durch parlamentarische Manöver herbeigeführt werden kann. **Die kommunistischen Vertreter sagen den Arbeitern offen, daß auch ein sozialdemokratischer Stadtrat nichts anderes sein wird, als eine Behörde des reaktionären Staatsapparates.** Diese Klarstellung war die wesentlichste Aufgabe der kommunistischen Vertreter zur Beratung des Antrages. Sie mußten dabei selbstverständlich **eine rücksichtslose Enthüllung der Demagogie der sozialdemokratischen Führer vornehmen.**

Die Arbeiter wissen, daß die einzig wirklichen Kämpfer gegen die Reaktion die Kommunisten sind. Während die Sozialdemokraten jederzeit mit den bürgerlichen Parteien Koalitionen eingehen, kämpft die KPD entschieden gegen die Feinde des Proletariats. Sie hat deswegen alle Verfolgungen und Schikanen zu erdulden. Die besten Kämpfer sitzen in den Gefängnissen und Zuchthäusern, **während die sozialdemokratischen Führer hohe Staatsposten der Hindenburgrepublik bekleiden und dort die Geschäfte der Bourgeoisie führen.**

Der Kampf gegen die Reaktion kann nicht mit einem Appell an einen reaktionären Rat, sondern nur durch die Mobilisation der Massen gegen den reaktionären Staatsapparat geführt werden. Diesen Kampf aber führt nur die Kommunistische Partei. **Mit diesem Kampf wird die KPD gegenüber der Demagogie der SPD vor den Arbeitern bestehen können.**

Diese Stellung hat unser Vertreter im Parlament ganz klargestellt.

Und was glaubte die SPD darauf antworten zu müssen? Die Linken traten wieder auf den Plan: Rösch und Geiser. Rösch erklärte, für ihn gäbe es nur eine Fahne des Proletariats, die rote. Und Geiser stellte dreist die Behauptung auf, man meine ja mit dem Antrage gar nicht die gegenwärtige, sondern die sozialistische Republik. Man überlege die Logik: Man nennt den Rat reaktionär, monarchistisch und will **denselben** Rat ersuchen, den Gedanken der **„sozialistischen"** Republik zu vertiefen.

Und nun die SPD-Presse: In wüsten persönlichen Anrempelungen glaubt man das Mittel gefunden zu haben, seine klägliche Republikanerrolle zu verschleiern. Und mit einer geradezu unübertreffbaren Frechheit stellt man die Behauptung auf, **die Kommunisten hätten den Rat „gerettet".** Wahrheitswidriger geht's wirklich nicht! Erstens: man verlangt von den Kommunisten, daß sie mit den Monarchisten die Hindenburg-Republik retten. Das heißt nichts anderes, als sich mit offenen Armen in eine Koalition bis zu Hindenburg und Ludendorff hineinzubegeben. Man verlangt von uns, einzutreten für die „Sichtbarmachung der republikanischen Farben", der Farben, unter denen Noske, Seeckt und Müller die Arbeiterschaft hetzten, die roten Fahnen des klassenbewußten Proletariats mit Arbeiterblut tränkten.

Hätten wir also uns für den Antrag erklärt, dann hätten wir, nach Meinung der „Dresdner Volkszeitung", den Rat nicht gerettet. Nun, wovor haben wir ihn denn gerettet? Vor dem Davonjagen? Vor der Bestrafung durch die deutsche Justiz, durch das Republikschutzgesetz? Man muß sich den SPD-Antrag daraufhin einige Male durchlesen, und es wird dann jedem Arbeiter klar werden, was Furchtbares die SPD mit Blüher vor hatte: kein Haar wollte sie ihm krümmen, um keinen Pfennig seine Einnahmen schmälern, kein Disziplinarverfahren gegen ihn beantragen, nichts, aber auch rein gar nichts sollte Blüher geschehen.

Wie kann man also sagen, die Kommunisten hätten den Rat, hätten Blüher gerettet, da man ihm ja nichts tun wollte, als die Vertiefung des republikanischen Gedankens in seine bewährten Hände zu legen, da es also gar nichts zu retten gab.

Aber die Sache hat ein anderes, ein **für die Arbeiterschaft sehr ernstes Gesicht.** Sie soll sich nicht von solchen politischen Verdrehungskünstlern aufs Glatteis führen lassen. Bitte, wo waren denn die Helden Geiser, Rösch, Dölitzsch und Genossen, als wir den Antrag stellten, auf Grund der Gemeindeordnung den Rat zum Teufel zu jagen? Haben sie da nicht den Rat „gerettet", samt ihrem tüchtigen Bürgermeister, den Hausbesitzerfreund, den Rösch beinahe einmal geohrfeigt hätte? Wo waren die Herren „Ratsfeinde", als wir bei der Wiederwahl des Fürsorgedezernenten versuchten, auf diesen Posten einen proletarischen und sozialfühlenden Mann zu setzen? Oder haben sie etwa nicht mitgeholfen, den „republikanischen Arbeiterfreund" Dr. Külz zum Finanzdiktator zu wählen, obwohl ein proletarischer Bewerber aufgestellt und eine Mehrheit damals für ihn möglich war? Wo waren sie alle, die Unterzeichner des furchtbaren „Verdammungsantrages", als wir gegen die Erweiterung der Rechte der Reaktion obstruierten? Hat sich nicht derselbe Rösch mit dem Deutschnationalen Kohlmann zusammengesetzt, um den berühmten Einigungsvorschlag auszuarbeiten, der die Opposition der Ratspolizei auslieferte? Und haben sie nicht alle, die tapferen republikanischen Kämpen, bei der Ortsverfassung **erst den Rat auf den Thron gehoben?** Haben sie nicht überall da und an anderen Stellen **den Rat gestützt, gegen die kommunistischen Anträge gewettert und gestimmt?** Haben sie nicht „kläglich" erklärt, **man dürfe den Rat nicht beauftragen, sondern nur brav „ersuchen"?** Haben sie nicht dem Rat wenige Tage nach dem Volksentscheid dabei geholfen, **dem Prinzen von Sachsen fünf Millionen nachzuwerfen** und die Arbeiter Dresdens mit einer jährlichen Zinsenlast von einer halben Million zu belasten?

Wahrlich, es gehört eine riesige Portion Frechheit dazu, nach solchen Heldentaten noch zu behaupten, die Kommunisten hätten den Rat gerettet.

Unerhört ist diese für die Arbeiterklasse geradezu gemeingefährliche Verdrehungspolitik.

Wirklich: es ist an der Zeit, daß die Dresdner Arbeiter erkennen, wie man sie über ihre eigentlichen Interessen durch Scheinmanöver hinwegtäuschen will. Unerhört ist auch die **Beleidigung der Erwerbslosen durch Rösch,** der sie als zu feige erklärt, den Kampf auf der Straße aufzunehmen, und der dem strengen Regiment Kühns das Lob ausstellt, daß er dadurch „Ruhe" geschaffen hat. Und was würde derselbe Rösch sagen, wenn wir heute dieselben Kreise auf die Straße riefen? Wären wir nicht dann die unverantwortlichen Subjekte, die die Hungernden in die Gewehre trieben?

Arbeiter Dresdens, seht euch diese Führer ganz genau an. Ueberdenkt die „Segnungen" der Republik, die euch Rösch durch Blüher vertiefen lassen will. Macht euch frei von den republikanischen Illusionen. Laßt die schwarz-rot-goldenen Fahnen des Hindenburg-„Frei"-Staates getrost in der Ecke stehen. Laßt flattern im Kampfe um eure Freiheit und euer Recht die leuchtende Fahne Bebels, Wilhelm und Karl Liebknechts:

die Fahne Rot!

Das Geschenk an die Hohenzollern

Wie aus Berlin mitgeteilt wird, soll heute im Finanzministerium in Preußen eine Besprechung des Finanzministers mit den Fraktionsführern über die Hohenzollernforderung stattfinden. Die Zustimmung der Fraktionsführer der Landtagsmehrheit soll gesichert sein.

Während der Sohn des Kronprinzen in der Reichswehr Bürgerkrieg studiert, liefert Preußen den Hohenzollern die Mittel zum Kampf gegen das Proletariat. Die Millionen, die ihre Stimmen beim Volksentscheid abgegeben, werden nicht beachtet. Die gesamte Arbeiterschaft muß entschieden gegen diese Absicht protestieren.

Der Femeausschuß in München

In München findet jetzt eine Tagung des Femeausschusses des Reichstages statt. Die bayerische Regierung hat einen gewaltigen Polizeiapparat aufgezogen. Das ganze Parterre des Gebäudes liegt voll Polizei. Genosse Münzenberg fordert die Entfernung derselben. Der Vorsitzende erklärt, daß die Polizei zum Schutze der Abgeordneten aufmarschiert sei. Von dem Berichterstatter Levi liegt ein 150 Seiten starker Bericht vor. Der Berichterstatter des Ausschusses versucht gleich zur Einleitung, die Feststellungen über die Münchner Fememorde umzubiegen. Er erklärt, Levi sei zu einer Menge Trugschlüsse gekommen. Es ist ganz klar, der Ausschuß soll nicht die Tatsachen feststellen. Es gilt vielmehr, die Münchner Justiz, vor allem den Justizminister reinzuwaschen. Diese Absicht wird in der ersten Verhandlung sofort klar.

Die Vertreter der KPD werden alles unternehmen, um Verschleierungen zu verhindern.

Protest gegen die Riedner-Justiz

Im Auftrage der kommunistischen Reichstagsfraktion legten die Genossen Torgler und Rosenberg bei dem Reichsjustizminister Bell gegen die neuesten Rechtsbrüche der Riedner-Kammer Protest ein. Es wurde besonders auf das letzte Reichsgerichtsurteil gegen zwei Hamburger Arbeiter hingewiesen, wobei Riedner wiederum feststellte, daß jeder kommunistische Funktionär unschädlich gemacht werden muß. Ferner kam der Fall des Genossen Rau zur Sprache, der für eine Filmkritik 9 Monate Gefängnis erhielt, sowie der Fall des Genossen Makows, dem eine mehrjährige Gefängnisstrafe u. a. wegen seiner Tätigkeit als kommunistischer Mieterrat zudiktiert wurde. Herr Bell erwiderte, daß er die einzelnen Urteile nachprüfen werde. Auch auf den Protest wegen der Inhafthaltung des Genossen Schumann antwortete Bell ausweichend.

Die Genossen Torgler und Rosenberg betonten ferner, daß es unerträglich sei, jetzt noch dem Prozeß gegen die KPD-Zentrale von 1923 zu führen, während täglich die ungeheuerlichsten Fememorde und Verbrechen der Rechtsorganisationen ans Tageslicht kommen. Herr Bell erwiderte, daß er nicht befugt sei, in die Kompetenz des Reichsgerichts einzugreifen! Wenn es tatsächlich keine formale Möglichkeit gibt, den skandalösen Zentraleprozeß zu verhindern, so muß eine derartige Justizkomödie durch Erzwingung einer allgemeinen Amnestie vereitelt werden. Wenn die Arbeiterschaft den nötigen Druck ausübt, ist es möglich, der herrschenden Klasse die Amnestie für die Justizopfer des proletarischen Kampfes abzuzwingen.

Für den Kongreß der Werktätigen

Remscheid. Am Sonntag tagte in Remscheid eine Konferenz der Einheitskomitees, die von fast 100 Delegierten besucht war. Es wurden zwei Delegierte zum Kongreß der Werktätigen gewählt und die Vorbereitungen zur Finanzierung des Kongresses getroffen. Die Vertreter aller Organisationen brachten zum Ausdruck, daß der Kongreß der Werktätigen den Weg finden muß, die gesamte deutsche Arbeiterklasse im Bunde mit allen unterdrückten Schichten der Bevölkerung in eine Frontstellung zu den imperialistischen und kapitalistischen Ausbeutern zu bringen. Die Wahl der Delegierten erfolgte einstimmig.

Das Brenner-Personal der Likörabteilung der Firma Rosenthal in Selb (Nordbayern) erklärte sich in einer Entschließung für den Kongreß der Werktätigen.

Eine Porzellanarbeiterversammlung in Rehau (Nordbayern) nahm eine Resolution an, die vom Gewerkschaftskartell die Beschickung des Kongresses der Werktätigen fordert.

Lohnkampf im sächsischen Bergbau

Die Grubenbesitzer fordern Abbau der Bergarbeiterlöhne.

Die Bergarbeiter im sächsischen Steinkohlenbergbau haben vor kurzem den Lohntarif gekündigt und eine Erhöhung der Grundlöhne um 10 Prozent beantragt. Darauf haben die Arbeitgeber ihrerseits eine Herabsetzung der Mindestgedingeprozente unter Tage von 66 auf 60 Prozent und eine entsprechende Herabsetzung der Mindestdauerlöhne von 5,56 auf 5,36 Mark beantragt. Die Entscheidung des Schlichters steht noch aus.

*

Vor einem allgemeinen Beamtenstreik in Oesterreich?

Wien, 5. Oktober. (Telunion.) Die innerpolitische Lage hat sich in Oesterreich neuerdings sehr verschärft. Die Weigerung der Regierung, die Verhandlungen mit den Bundesbeamten an dem von ihr ursprünglich festgesetzten Zeitpunkt wieder aufzunehmen und die neuerliche Verschiebung des Termins um eine Woche hat in der Beamtenschaft außerordentliche Erregung hervorgerufen, die auch in den Beschlüssen der Organisation zum Ausdruck kam. Die Vertreter der Beamten erklärten, die neuerliche Verzögerung des Beamtenproblems sei unannehmbar. Der Ausschuß stellte fest, daß es der Bundeskanzler abgelehnt habe, die Vertreter der Beamten zu empfangen und ihre Wünsche entgegenzunehmen. Die Entschließung, die von den Vertretern der Bundesbeamten gefaßt wurde, schließt mit der Bemerkung, daß die Verschiebung eine Situation geschaffen habe, zu der nunmehr die Vertreterausschüsse Stellung nehmen müßten. Von den Vertreterausschüssen wurde verfügt, daß vorbereitende Streikanweisungen an die Aktionsausschüsse in den Ländern noch am Dienstag telegraphisch abgingen. Man rechnet damit, daß es, falls sich die Regierung nicht noch in letzter Minute zu sofortigen Verhandlungen bereitfinden würde, am Freitag zum Ausbruch eines allgemeinen Beamtenstreiks kommt.

Französische Justiz gegen Antimilitaristen

Trier. Am Freitag wurde hier vor dem Kriegsgericht der 33. Division der Prozeß gegen 7 Angeklagte (5 französische Soldaten, 1 französischen und 1 deutschen Zivilisten) wegen antimilitaristischer Propaganda geführt und nach zweitägiger Verhandlung folgendes Urteil gefällt: Werner (in Abwesenheit) 5 Jahre Gefängnis, Rouffiange (französischer Staatsangehöriger) 3 Jahre Gefängnis, Boutonnet (Sergeant) 3 Jahre Gefängnis, Neige (Sergeant) 2 Jahre Gefängnis, Eise (deutscher Staatsangehöriger) 2 Jahre Gefängnis, Aubertin (Korporal) 1½ Jahre Gefängnis, Heutgen (Soldat) 1½ Jahre Gefängnis, Mouren (Soldat) 1 Jahr Gefängnis mit Bewährungsfrist.

Petljura...

In Moskau weilt der französische Journalist Le Cache, der im Auftrage des Komitees der internationalen Liga für Wahrung der Menschenrechte (an deren Spitze Henri Barbusse steht) nach Polen abkommandiert wurde, um Material über die Judenpogrome, die während des Petljura-Regimes in der Ukraine stattfanden, zu sammeln.

Auch der Verteidiger Schwarzbarts, Torres, ist eingetroffen und reist demnächst zusammen mit Le Cache, einer Einladung der ukrainischen Partei- und Regierungsorgane folgend, nach Charkow.

Der bevorstehende Prozeß gegen Schwarzbart, der Petljura niederschoß, hat in ganz Frankreich regstes Interesse hervorgerufen. Die Stimmung ist zugunsten von Sch.

Als Zeugen sind die Minister a. D. der Petljura-Regierung, der dänische Konsul und einige Aerzte vom dänischen Roten Kreuz aufgerufen.

Viele ukrainische Offiziere, die sich in Paris befinden, haben sich bereit erklärt, erschöpfende Aussagen über die Pogromtätigkeit des ukrainischen Banditenführers, der Zehntausende von Menschenleben auf dem Gewissen hat.

Die Familie Petljuras hatte sich an Millerand gewandt mit der Bitte, im Prozeß die Interessen der Zivilkläger zu vertreten. Der Herr Präsident a. D. hat aber Absage erteilt.

Den leitenden französischen Kreisen flößt es große Besorgnis ein, daß während der Gerichtsverhandlung sich evtl. herausstellen könnte, wer die eigentlichen „Drahtzieher" während der von Petljura veranstalteten Pogrome und sonstigen Judenhetzen waren. Es wurde daher geplant, Schwarzbart als irrsinnig zu erklären und das Prozeßverfahren zu sistieren, was nicht gelingen wollte.

Ob der in Frankreich naturalisierte, russische Emigrant Schwarzbart bei Ausführung des terroristischen Aktes von persönlichen Motiven geleitet, ob er aus Rache für den Tod ihm nahestehender Personen zum Attentäter wurde, oder seine Kugel, die er auf Petljura abschoß, den Massenmord an seinen Landsleuten rächen sollte, läßt sich heute noch nicht feststellen. Aber für jeden denkenden Menschen ist es klar, daß es sich hier um einen politischen, terroristischen Akt handelt. Die bürgerliche Justiz will jedoch Schwarzbart zum gemeinen Mörder stempeln und seinen Kopf unter die Guillotine bringen...

Das elementarste Menschlichkeitsgefühl verlangt die Inschutznahme Schwarzbarts. Der Freispruch, der für ihn erkämpft werden muß, wird eine Verurteilung der von Petljura inszenierten Judenhetzen und Massenmorde sein, ein Verdikt, das auf „schuldig" lautet — Sanktion der an Tausenden von Frauen, Kindern, Greisen von den Petljurabanden verübten Schandtaten und Morde.

Im Vergleich zu der Pogromtätigkeit der Petljura-Soldateska in der Ukraine in den Jahren 1918—1919 sind die Judenniedermetzelungen von 1881—1905 nur ein Kinderspiel.

Die Pogrome von Kischineff und Homel, die seinerzeit einen wahren „Sturm der Entrüstung" in der ganzen „zivilisierten" Welt hervorriefen, sind nur blasse „Miniaturen".

Was in der **Ukraine zu Zeiten Petljuras und Denikins passierte, darüber schwiegen merkwürdigerweise alle Flöten.** Damals war die westeuropäische Bourgeoisie damit beschäftigt, den Kampf für „Gerechtigkeit, für Gleichheit" zu leiten. Sie konnte ruhig zusehen, wie im Laufe von rund zwei Jahren in der Ukraine die jüdische Bevölkerung von den Petljurabanden wie Schlachtvieh hingeschlachtet wurde.

Die „zivilisierte Welt" hatte kein Auge für dieses grausige Schauspiel. Lassen wir die Zahlen reden.

Allein in Proskurow wurden im Laufe eines Tages 3000 Menschen hingeschlachtet. Haufenweise waren auf den Straßen die Leichen von Frauen, Kindern, Greisen aufgetürmt. Im kleinen Flecken Fastowo, der nur 10 000 Einwohner zählte, mordeten die Dinikinbanden während eines zweitägigen Pogroms 2000 Menschen (20 Prozent der Gesamtbevölkerung).

In Tschekassy dauerten die Pogrome Wochen, Monate. In Elisawetgrad wurden **an einem einzigen Tage mehr Menschen getötet, als während der 690 Pogrome, die im Jahre 1905 in ganz Rußland stattfanden.**

In Umanj dauerten die Pogrome ganze zwei Jahre. Zu Petljuras Zeiten mußte in Hunderten von Städten und Flecken die gesamte jüdische Bevölkerung die Flucht ergreifen. Unterwegs wurden die Flüchtlinge von den Petljurawzy eingefangen und zu Tode gemartert.

Nach den lückenhaften Berichten des „Hilfskomitees für Pogromopfer" (Sektion des internationalen Roten Kreuzes) haben die regulären Truppen Petljuras in den Jahren 1918/19 in 128 Ortschaften zirka 15 000 Menschen umgebracht. Die Banden Sokolowskis (eine Kreatur Petljuras) verwüsteten im Rayon Radomysl-Shitomir 12 Ortschaften und mordeten 3000 Menschen. Die Bande Struks (Rayon Tschernobyl) vernichtete 41 Ortschaften. Weitere Bandenführer (Selenoi, Sokoloff, Grigorjeff, Golub) machten mehr als 10 000 Menschen den Garaus.

An der Spitze aller dieser Mordscharen standen erprobte „Hetmane" aus dem Gefolge Petljuras, für die es eine „Lappalie" war, 353 Ortschaften einzuäschern und 30 500 Menschen ins Jenseits zu befördern.

Die Pogrome der Denikin-Heerscharen, des Pseudo-Avaretisten und Judenfressers Machno forderten in den Jahren 1918—19 Menschenopfer, deren Gesamtzahl 120—150 000 betrug!

Das Direktorium der Ukrainischen „Volksrepublik" (?), mit Petljura an der Spitze, hatte nach dem Januar 1919 eine „Kommission zur Unterstützung der Pogrome" eingesetzt. Der Kriegsminister Petljuras, Petroff, äußerte sich über diese Kommission: „Sie ist einberufen, weil das Direktorium nur ein Spielzeug in den Händen der Diplomaten ist und nur pro forma gezeigt werden muß, daß die hohe Volksregierung der Pogromwirtschaft fernsteht. Die „Petljurowzy" kennen ja nur ein einziges Losungswort, das bekanntlich lautet: Haut die Juden, haut die Bolschewisten."

Die „Kommission" hatte verschiedene „Spitzen" der Gesellschaft befragt, und es hatte sich ein großes Aktenmaterial gebildet, das sich heute in Händen der Sowjetregierung befindet.

Ein bekannter polnischer, äußerst mäßiger Politiker, Skakowski (später Wojewode in einem polnischen Gouvernement), hat damals ausgesagt: „Die Pogrome waren gewissermaßen als Ventil nötig, um eine Explosion an einer anderen Stelle zu verhüten."

Es ist also nachgewiesen, daß Petljura die Massenmorde unter der jüdischen Bevölkerung geleitet, und wenn die Kugel des Pariser Uhrmachers Schwarzbart dem Bluthunde P. ein jähes Ende bereitete, so war das nur der wohlverdiente Lohn für einen Massenmörder, der ein ganzes Meer von Menschenblut vergossen hatte.

Ein russisches Sprichwort lautet: „Ein Hund verdient einen Hundetod."

Leningrad, August 1926.

Andrei Rostowzeff.

SLUB
Wir führen Wissen.